



Medienmitteilung

Zürich, 18. Juli 2024

Beschlüsse der Kommissionen

KBIK: Schulsozialarbeit soll an Mittel- und Berufsschulen eingeführt werden

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die Schulsozialarbeit im Mittelschulgesetz und im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung zu verankern ([5935](#)). Das niederschwellige Beratungsangebot soll die Jugendlichen und ihr schulisches Umfeld stärken und ungünstigen Entwicklungen frühzeitig entgegenwirken. Die Mehrheit der Kommission unterstützt den Antrag der Regierung. Sie sieht den Aufgabenbereich der Schulsozialarbeit treffend definiert. Eine Minderheit (FDP, SVP) lehnt die Vorlage ab. Sie möchte die Intervention der Schulsozialarbeit aus Kostengründen vorerst auf die Jugendlichen und die Klassen beschränkt sehen und das schulische Umfeld (Lehrpersonen, Schulleitungen) nicht berücksichtigen. Zwei weitere Minderheiten möchten das Angebot auf die Kantonale Maturitätsschule für Erwachsene (SP, Grüne) bzw. die Berufsmaturitätsschulen (SP, Grüne, EVP) ausdehnen, wofür es aus Sicht der Kommissionsmehrheit keine entwicklungspsychologischen Gründe gibt. Eine Minderheit (SP, Grüne) möchte zudem explizit festhalten, dass das Angebot an Schulsozialarbeit «ausreichend» sein müsse. Die Mehrheit der Kommission erachtet den Zusatz als unnötig, oder sie befürchtet, dass er zu einer Mengenausweitung einlade.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK: Wahl von Fachhochschulrats-Mitglied soll genehmigt werden

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Wahl von Prof. Dr. Thomas Gächter in den Fachhochschulrat zu genehmigen ([5962](#)). Thomas Gächter wird für den Rest der Amtsdauer 2023–2026 für die ausgeschiedene Prof. Dr. Andrea Schenker-Wicki gewählt.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

STGK: Verzicht auf eine kantonale E-ID

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Motion betreffend «Schaffung einer kantonalen E-ID für natürliche Personen» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 348/2021](#)). Mit der Motion wurde der Regierungsrat aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage für eine kantonale E-ID zu erarbeiten. Der Regierungsrat führt in seinem Bericht aus, dass der kantonale gesetzgeberische Handlungsspielraum für die Regelung und Herausgabe einer E-ID sehr begrenzt ist und die vorgesehene Bundesregelung dereinst Vorrang gegenüber kantonalem Recht haben wird. Die Einführung der staatlichen E-ID ist frühestens Anfang 2026 zu erwarten. Mit der Nutzung des Authentifizierungsdienstes AGOV ist der Kanton Zürich auf die künftige staatliche E-ID gut vorbereitet.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67



Kantonsrat
Zürich

Parlamentsdienste

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.